

Informationen
der Landesgruppe Mitteldeutschland
Sonderheft 1995 – 2020

Trans form ation

in Mitteldeutschland

1970
b i s
2020



Deutsche Akademie für
Städtebau und Landesplanung

1995-2020

Generationenwechsel!

Diese Ankündigung ist mir als ein zentrales Thema von der Akademieversammlung 1994 im Erfurter Kaisersaal in lebhafter Erinnerung geblieben. Hanns Adrian, Stadtbaurat von Hannover, damals 63 und Präsident der DASL, rief sie in einer seiner flammenden Reden der überwiegend männlichen und im Alter fortgeschrittenen Zuhörerschaft eindringlich zu. Da fühlte ich mich bei der feierlichen Aufnahme in die DASL tatsächlich wie ein Jungling, dem 47jährig – gemeinsam mit einigen in den damals „Neuen“ Bundesländern tätigen Kolleg*innen – der Zutritt in die heiligen akademischen Hallen gewährt wurde.

Hanns Adrian sprach davon, dass für die Aufnahme in die Akademie nicht nur schon erbrachte Leistungen – quasi ein Lebenswerk – maßgeblich sein sollten, sondern auch die Erwartung künftigen Engagements in einem breiteren beruflichen Spektrum der mit den Begriffen „Bau“ und „Planung“ verbundenen Disziplinen. Die damals oft als „Akademie der Stadtbauräte“ bezeichnete Vereinigung sollte sich weiter öffnen. Sowohl fachlich, als auch altersmäßig und – wichtig – hinsichtlich des Anteils weiblicher Mitglieder.

Von der Existenz einer DASL hatte ich zuvor nur vage Vorstellungen aufgrund von Veröffentlichungen in der Fachpresse und durch gelegentliche Erwähnung berühmter Leute, die dort Mitglied seien: Respekt aus der Distanz. So waren die ersten Kontakte, die mich und einige Kolleg*innen 1992 in Leipzig erteilten – meist aus der Landesgruppe Bayern, die so etwas wie eine unausgesprochene Patenschaft für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wahrnahm – für mich recht

geheimnisvoll, weil mir Prozeduren und Kriterien für die Aufnahme von Mitgliedern in diese Gesellschaft nicht bekannt waren. Es gab insofern auch kein erkennbares Rekrutierungsverfahren, sondern „neutrale“ Anfragen und Bitten um Vorträge und Teilnahme an Diskussionen.

An Themen und Vorschlägen für dringend zu lösende Probleme herrschte in der Tat kein Mangel. So lernte ich z.B. die Rituale einer Landesgruppensitzung in München kennen und verstand ein Jahr später in Erfurt sehr gut, was Hanns Adrian mit seiner Rede anmahnte.

In dieser Zeit gewannen auch die legendären „Vorbereitenden Berichte“, die jede Landesgruppe zur Jahresversammlung der DASL zu erarbeiten hatte, für den noch nicht Eingeweihten Konturen. Das Verfassen eines solchen Berichtes war dann auch die erste Aufgabe, der wir uns in den mitteldeutschen Ländern unter bayrischer Anleitung widmeten und uns als Kern einer künftigen Landesgruppe näher kennenlernten.

Die Gründungsversammlung der Landesgruppe Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen im Dezember 1995 in Halle, an der auch der Präsident, der wissenschaftliche Sekretär sowie Mitglieder anderer Landesgruppen als Gäste teilnahmen, war in gewisser Weise ein Spiegelbild der gesamten Akademie zu jener Zeit: Die anwesenden 19 Mitglieder waren überwiegend Männer jenseits der 50 – teils wesentlich darüber – und nur eine einzige Kollegin war zugegen.

In der ersten Phase der neu gegründeten Landesgruppe waren die unmittelbar nach der Wiedervereinigung virulenten Themen, die auch persönliche Standortbestimmungen in der Verarbeitung der Ost-West-Befindlichkeiten einschlossen, bestimmend und herausfordernd.

Es brauchte einige Zeit, bis sich Arbeitsweise und Struktur der Landesgruppe, insbesondere auch bei der Berufung neuer Mitglieder, konsolidiert hatten. Dabei half neben dem Engagement der Mitglieder auch der glückliche Umstand, dass 1999 im Planungsamt der Stadt Leipzig eine Geschäftsstelle mit Geschäftsführer eingerichtet werden konnte, von der aus die organisatorische Arbeit geleistet wurde.

Die Bemühungen um die Öffnung der Akademie im Sinne von Hanns Adrians Erfurter Appell wirkten sich beim weiteren Aufbau der Landesgruppe positiv aus und führten nach und nach zu einer zweiten Phase des Akademielebens, die von einer wesentlich verjüngten, fachlich breiter aufgestellten und hinsichtlich der Geschlechterbalance wirklich ausgewogenen Zusammensetzung der Landesgruppe (20 Kolleginnen und 35 Kollegen im Frühjahr 2021) geprägt war. Die kontinuierlich durchgeführten Jahresprogramme mit ihren kombinierten Formaten (Führungen, Ortsbesichtigungen, Gastvorträge und Mitgliederversammlungen) waren der Rahmen für interessante Diskussionen. Sie fanden ausdauerndes Interesse und Engagement vieler Mitglieder und beförderten auch den kollegialen Zusammenhalt bis hin zu persönlichen Freundschaften.

Wieder steht ein „Generationswechsel“ an, indem in relativ kurzer Zeit eine ganze Reihe von Mitgliedern zwar nicht die Akademie, aber doch wegen Ruhestand die Zählstatistik verlässt und neue Berufungen dafür sorgen werden, dass die Landesgruppe immer ganz nahe am Puls der Zeit bleibt.

Wenn ich auf die beinahe 30 Jahre DASL Landesgruppe Mitteldeutschland zurückblicke, denke ich, dass Hanns Adrian mit dem Verlauf zufrieden sein könnte und ich bin es auch. Auf geht's!

Wolfgang Kunz

Architekt & Stadtplaner
Mitglied DASL seit 1994

Leiter des Stadtplanungsamtes
der Stadt Leipzig von 1991 bis 2011

1970-1980

Komplexer Wohnungsbau und Agonie der alten Stadt

Matthias Lerm

Das Territorium der heutigen drei Bundesländer Mitteldeutschlands gliederte sich in den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts in acht Bezirke der DDR, in denen man mit Hochdruck an der Verwirklichung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ arbeitete.

Nachdem sich in den 1960er Jahren mit dem Mauerbau die Abschottung des Landes gegenüber Westdeutschland vollzogen hatte, stand nach Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR durch die BRD eine vorsichtige Annäherung an. Basis dafür waren die Ostverträge von 1970, die Klärung des Status von Berlin 1971 und die Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki 1975 infolge der Ostpolitik unter Willi Brandt. Dem vorangegangen war die Ablösung des reformunfähigen Walter Ulbricht 1971 durch Erich Honecker als Staatsratsvorsitzenden der DDR. Der VIII. Parteitag der SED verkündete im selben Jahr ein sozialpolitisches Programm, dessen Herzstück die Proklamation der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 bildete. Eine der Folgen war die durchgängige Industrialisierung des Bauwesens, zunächst des Wohnungs- dann auch des Industrie- und schließlich des sogenannten Gesellschaftsbaus. Der Gesellschaftsbau war die letzte Domäne der Sonderbauten für Kultur und Bildung und wurde vorwiegend mit den Erzeugnissen des Industriebaus realisiert.

Die streng separierten Funktionen der Stadt entsprechend der „Charta von Athen“ wurden durch umfangreiche Verkehrsausbauten verknüpft, die Generalverkehrsplänen folgten. Zwar wurden Bahnanlagen auf Verschleiß gefahren, doch entstanden immerhin erste Ansätze von S-Bahn-Netzen in den größeren Städten. Straßenbahnen wurden – wo nicht stillgelegt – ausgebaut. Gleichzeitig sollten Stadtautobahnssysteme die nach westlichem Vorbild angestrebte Vollmotorisierung bewältigen.

Mit ganz wenigen Ausnahmen – der Bebauung letzter Großbrachen des 2. Weltkriegs in Innenstädten oder innenstadtnahen Lagen wie der Johannstadt in Dresden – verlagerte sich der Wohnungsbau an den Stadtrand. Satellitenstädte entstanden, bei denen sich die Planungskollektive um eine gewisse Individualisierung der städtebaulichen Großkomposition bemühten. Die Masse des so Gebauten entstammt nur wenigen Bautypen mit Schwerpunkt auf den fünfgeschossigen Zeilenbau: Gorbitz, Prohlis und Leuben in Dresden, das Fritz-Heckert-Viertel in Chemnitz, Leipzig-Grünau, Halle-Neustadt und -Silberhöhe, Wolfen-Nord, Gera-Lusan, Suhl-Friedberg, Erfurt-Nord und -Südost, Jena-Neulobeda, Magdeburg-Neustädter Feld und -Neustädter See, das Kosmonautenviertel Neu-Reform (welche Tautologie!) und Neu-Olvenstedt. Diese Großwohnsiedlungen wurden Wohnort für zusammen hunderttausende Einwohner.



Neubaublocks in Magdeburg Nord im September 1974, Bau der Schule IV in Nord
Fotos Wilhelm Biscan



Die 1970er Jahre waren bestimmt vom Wettkampf der Systeme: Es galt, den Westen zu übertrumpfen hinsichtlich der dort zeitgleich entstehenden Megastrukturen, zunächst noch mit einigen individuell geplanten Hochhäusern wie dem Wohnhochhaus Wintergartenstraße in Leipzig. Bald jedoch entstanden in den bezirklichen Baukombinaten seriell gefertigte Hochhausbauten, von denen etwa in Dresden in jedem Jahr – über fast 25 Jahre hin – jeweils zwei Stück „abzunehmen“ waren. So baute man allein in Dresden bis zum Anwendungsverbot von Personenaufzügen in den 1980er Jahren (begründet mit Materialknappheit) mehr als sechzig Wohnhochhäuser, die alsbald die Stadtkomposition bestimmten, indem sie in Gruppen und immer mit dem Treppenhaus nach Nordosten aufgestellt wurden.

Ergänzt wurde das Programm mit ebenfalls typisierten Einzel- und Doppel-eigenheimen, selten auch Reihenhäusern und Datschen in umfangreichen neuen Kleingartenanlagen, in denen schließlich fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung gärtelte, Obst und Gemüse erzeugte und sich von den Strapazen der meist monotonen Schichtarbeit erholte.

die gesamte Produktion traditioneller Werkstoffe wie Klinker, Kalk, Bauholz und Dachziegel. Bald gab es nur noch Beton und Asbest als Dachdeckung, die zu erdrückender Eintönigkeit führten: Aus Rot, Ocker und Blau wurde Grau in allen möglichen (und ungekannten) Schattierungen.

Auch wenn die 1970er Jahre den Sozialismus auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung sehen sollten, gab es schon Menetekel, die sich nicht ignorieren ließen. Die Ölkrise 1973 folgte auf die bis heute anhaltende Debatte um die „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome, 1972). Waldsterben infolge Übersäuerung der Böden und erste Anzeichen der Erderwärmung führten in privaten Kreisen schon zu ironisch-bitteren Einschätzungen, etwa dass nach Abschmelzen aller Eisreserven des Planeten unterhalb von Halle an der Saale ein Seehafen möglich werden könnte. Gravierende Umweltverschmutzungen – vor allem im mitteldeutschen Raum – waren Folge rücksichtsloser Industrialisierung und des Weiterbetriebs veralteter Anlagen aus der Vorkriegszeit. So verdarben auch die unübersehbaren Umweltschäden die Wirkung der offiziellen Außendarstellung des Staates, wie sie z.B. mit den Weltjugendfestspielen in Berlin 1973 verfolgt wurde oder mit der Denkmalschutzgesetzgebung im Jahr 1975, dem „Europäischen Denkmalschutzjahr“, das in der BRD und der DDR zeitgleich begangen wurde.

In den Bezirkskunstausstellungen und noch deutlicher in der zentralen Leistungsschau des Kunstschaffens der DDR in Dresden zeigten sich diese Widersprüchlichkeiten in den Exponaten: Plastiken, Grafiken und Gemälde erschienen von Mal zu Mal deprimierender, düsterer und hoffnungsloser. Die 1980er Jahre waren dann von immer stärker werdenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt, die schließlich in die politische Wende 1989 mündeten.



Magdeburg Zentrum, Ecke Victor-Jara- und Pablo-Neruda-Straße
Fotos Wilhelm Biscan



Eigenheimsiedlung Magdeburg Treseburger Straße
Foto Wilhelm Biscan

Die Satellitenstädte dienten zwei Zielen: Unterbringung der in die Städte strömenden Arbeitskräfte und Schaffung von Ersatzwohnraum für die dem Verfall preisgegeben Altstadtquartiere. Deren Erhaltung konnten auch die zu Beginn der 1970er Jahre gebildeten Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) nicht sichern. Im Gegenteil verringerten diese Zwangszusammenschlüsse der bis dahin selbstständigen Handwerker deren Motivation nochmals. Mit der Konzentration des Bauwesens auf die Großproduktion von Wohnungen und Industriegeschossbauten entfiel praktisch

1980-1990

Der Abschied der Moderne – vom Komplexen Wohnungsbau zum Städtebaulichen Denkmalschutz

Lars Loebner

Das Versprechen Erich Honeckers, die Lösung der Wohnungsfrage als soziale Frage bis 1990 zu lösen, wurde trotz der zunehmenden ökonomischen Schieflage der DDR mit aller Macht weiterverfolgt. Das industrialisierte Bauen wurde weiter optimiert und massenhaft in den Plattenbaugebieten vor den Toren der Städte zur Anwendung gebracht. Damit wurde die Saat gesetzt für die spätere soziale Unwucht vieler Städte in Mitteldeutschland, deren Bestände an schlichten, standardisierten Wohnungen sich in der Peripherie konzentrieren.

Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 führte auch in der DDR-Zivilgesellschaft zu einem tiefgreifenden Bewusstseinswandel. Sichtbarstes Beispiel dieser Entwicklung, die „bottom up“ wie „top down“ erfolgte, war der Paradigmenwechsel bei den Altstadtprojekten. Aus der wachsenden Umwelt- und Bürgerbewegung im Umfeld des halbstaatlichen Kulturbundes formierte sich Widerstand gegen Flächenabriss und Zerstörung der Jahrhunderte alten Baustruktur vieler Altstädte.

Beispielhaft für diese Polarisierung stehen Halle-Neustadt als Musterstadt der sozialistischen Moderne – in den 1980ern nach wie vor privilegiert mit Bau- und Materialressourcen ausgestattet – und auf der anderen Saalseite das alte Halle, die „Diva in Grau“, die trotz Kriegverschönerung durch strukturelle Misswirtschaft

immer mehr von ihrer alten Substanz verlor. Es begann nicht nur ein „Häuserkampf“ um den Erhalt der wertvollen Denkmäler, der oft in Eigeninitiative der Akteure geführt wurde. Mit Unterstützung von privaten Handwerkern wurde von ihnen – trotz sozialistischer Mangelwirtschaft – eigenständig die alte Bausubstanz zur Selbstnutzung saniert, um so der mangelnden Wohnraumversorgung zu entkommen. Auch der Stadtarchitekt reagierte und entwarf einen Sondertyp „Halle“ der Wohnungsbauserie 70, um damit auf die alte Stadtstruktur einzugehen und Neubauten besser in die alte Stadtstruktur einzupassen. Beispielhaft stehen dafür die Projekte „Brunos Warte“ und das „Domquartier“.

In anderen Städten Mitteldeutschlands waren sowohl Flächenabriss und Neubau (z.B. Leipzig Volksmarsdorf) wie auch – dem Beispiel Halles folgend – Einbindung und Auseinandersetzung mit dem städtebaulichen Erbe (z.B. Umgestaltungsgebiet Innere Westvorstadt in Leipzig) vorzufinden. Ohne die Sanierung des Grundstocks aus der Gründerzeit – gerade in weiten Teilen Sachsens, Thüringens und Sachsen-Anhalts einzigartig hochwertig – war die Wohnungsfrage nicht zu lösen. Dieses wachsende Bewusstsein führte zu einem zaghaften Umbau der Bauindustrie mit der Bildung von Betrieben und Kombinat, die sich auf die Sanierung der Bausubstanz aus der Gründerzeit spezialisierten. Die Maßnahmen waren oft sehr schlicht



Abbrucharbeiten in der Geiststraße, Halle/Saale
Foto Werner Ziegler

und einfach, aber damit war eine Umkehr in Gang gesetzt: So fanden z.B. grundlegende Handwerkstechniken wie Mauern und Putzen wieder Eingang in die Berufsausbildung der Lehrlinge.

Diese Anstrengungen kamen jedoch zu spät, um dem fortgeschrittenen Verfall der ehemals stolzen Bürgerstädte wirksame Initiativen entgegenzusetzen. Die Verantwortlichen und Akteure wandten sich vor dem Hintergrund des sichtbaren Scheiterns der Baupolitik der DDR zwar den Innenstädten wieder zu – beispielhaft zu nennen ist der Ideenwettbewerb zum Leipziger Stadtzentrum 1988 – doch die wirtschaftliche Basis für einen solchen Richtungswechsel war nicht mehr vorhanden. Die einmalige Bausubstanz in zukünftigen Welt(kultur)erbestätten wie Quedlinburg, Weimar, Eisleben und Wittenberg war durch Verfall, Vernachlässigung und ätzende Industrieabgase bedroht, die Wohnungsfrage auch 1989 nicht gelöst. Beides wurde zum Anstoß für einen zivilgesellschaftlichen Bewusstseinswandel, der letztlich in die Friedliche Revolution in vielen Städten der DDR mündete.

„Ist Leipzig noch retten“ lautete im Herbst 1989 ein aufrüttelnder Bericht des DDR-Fernsehens, der eine Ruinenlandschaft zeigte und die Baupolitik der Vergangenheit an den Pranger stellte. Im Januar 1990 wurde die 1. Leipziger Volksbaukonferenz durchgeführt. Sie war ein klares Zeichen des zivilgesellschaftlichen Engagements von Bürgerschaft und Bauschaffenden, die die Rettung der Städte nicht mehr einer zentralistischen Staatsmacht überlassen wollten.

Das Paradigma der „Kritischen Rekonstruktion“ mit der Wiederherstellung der alten Stadtgrundrisse und einem städtebaulichen Verständnis von Denkmalschutz bestimmten von da an sowohl die politischen Entscheidungen wie auch die berufliche Praxis und fachliche Debatte in Mitteldeutschland und darüber hinaus. Damit hätte die Abkehr von einer im internationalen Maßstab einzigartig radikalen Moderne, für die Mitteldeutschland seit dem Bauhaus auch steht, umfassender nicht sein können.



5. August 1988, nach der Sprengung eines viergeschossigen Gebäudes. Es war eines von vier zum Abriss bestimmten Häusern in der Geiststraße zwischen Neumarktstraße und Universitätsring in Halle/Saale.
Foto Erika Mielisch

1990-2000

Weltgeschichte, Stadt und Reformation in Lutherstadt Wittenberg

Jochen Kirchner

Was bedeutete 1990 die Aufforderung „Planen für das nächste Jahrhundert“ für eine Stadt wie Wittenberg? Was hieß es, für eine Stadt zu planen, die vor bedeutenden Herausforderungen und Umwälzungen stand? Wie und mit wem konnte die perspektivische Entwicklung der Stadt für das nächste Jahrhundert vorbereitet werden?

Deutlich wurde, dass Stadtentwicklung am Ende des 20. Jahrhunderts in Wittenberg nicht als „klassische Angebotsplanung“ funktionierte. Für die vielschichtigen und komplexen Probleme mussten neue Formen des Planungsprozesses und übergreifende Inhalte der Stadtentwicklung gefunden werden.

Das Stadtentwicklungskonzept von 1993 griff diese Fragen auf, veranschaulichte Problemlagen, Lösungsansätze und besondere Chancen der Stadt in einem gemeinsamen Handlungsrahmen für Bürger, Politik und Verwaltung. Das „Stadtforum Wittenberg“ arbeitete mit hoher Transparenz und bearbeitete die Themen und Entwicklungsziele mit Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltungsspitzen in einem breiten Dialog.

Welche Ausgangspunkte und Chancen kennzeichneten den damaligen Wandel? Das Alltagsleben und die Befindlichkeit der Stadt wurden tiefgreifend durch den wirtschaftlichen und so-

zialen Strukturwandel nach 1990 bestimmt. Im vereinigten Deutschland waren die altindustriell geprägten Wirtschaftsstrukturen der Stadt nicht mehr gefragt. Zwei Drittel der industriellen und mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in Wittenberg waren nach der Vereinigung verschwunden, während der Dienstleistungssektor bescheiden expandierte. Lebenslagen polarisierten sich, die Differenzierung von Lebensmilieus wuchs und war eine Herausforderung an die integrierende und stabilisierende Stadtentwicklung: Bei so viel Veränderung wurde das „Heimisch-Sein“ in der vertrauten Stadt zum wichtigen psychologischen Sicherungsposten.

Eine besondere Bedeutung kam dem Abbau der Umweltbelastungen zu. Die Sanierung der Industriestandorte hatte eine Senkung der Immissionsbelastungen zur Folge, besonders in den Gemengelagen. Der wirtschaftliche Wandel bot die Chance, das Verhältnis zwischen Fluss, Landschaft und Stadt neu zu gestalten. Die Elbe konnte sich regenerieren: von der „Industriekloake“ zum belebten und belebenden Flussraum inmitten einer Kulturlandschaft. Vergessene Traditionen wurden in Wittenberg wiederentdeckt, Themen wie die Flussschifffahrt und der Hafen.



Cranach-Hof Markt 4 vor und nach der Sanierung, Lutherstadt Wittenberg
Fotos Johannes Winkelmann

Mit dem Abzug der letzten Streitkräfte wurde die Stadt erstmals seit Jahrhunderten grundlegend entmilitarisiert. Das setzte Gebäude und Flächen frei und machte Konversion zu einer wichtigen Stadtentwicklungsaufgabe. Mit der Neuansiedlung wichtiger Institute der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde die historische Geburtsstätte dieser Universität wieder im öffentlichen und lokalen Bewusstsein verankert. Auch die Ansiedlung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg eröffnete Chancen für neues intellektuelles Potenzial in der Stadt. Überörtlich bedeutsame Verwaltungen und Behörden wurden neu etabliert. Sie stärkten die zentralörtliche Bedeutung der Stadt für den östlichen Teil des Landes Sachsen-Anhalt und die benachbarten Gebiete des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg.

Der hohe Wert und Rang der Altstadt als Einheit von Geschichts- und Architekturserlebnis, ihre funktionelle, kulturelle und gestalterische Vielfalt waren offensichtlich. Das Zusammenspiel von Stadt und Landschaft der Elbaue, die bis an die Innenstadt heranreichende Gemüse- und Gartenbaukultur waren Alleinstellungsmerkmale, die es weiter zu entwickeln galt. Die widerspruchsvolle Stadtgeschichte zeigte sich auch in den nachhaltigen Auswirkungen einer fast 100-jährigen Industrialisierung: Die sollte nicht verdrängt oder „wegästhetisiert“ werden, sondern konnte Grundlage von Industriekultur werden.

Die Traditionen der Reformations- und Industriestadt sowie die Lagegunst in reizvoller Flusslandschaft galt es, außenwirksam zu präsentieren. In den öffentlich geführten Debatten ging es um neue Leitbilder für unterschiedliche Milieus und für das Image der Stadt.

Das Leitbild „Stadt mit Weltgeschichte“ erforderte die Arbeit am Image der Reformationsstadt im Weltmaßstab schlechthin. Alle konzeptionellen Bemühungen zur Altstadtsanierung basierten auf der Ambition, kulturelle und wissenschaftliche Institutionen nach Wittenberg zu holen, die zur Erforschung und Aktualisierung des reformationsgeschichtlichen Erbes beitragen könnten. Neue intellektuelle Kräfte sollten die geistige Anziehungskraft der Stadt befördern.

Mit dem Leitbild „Stadt in der Kulturlandschaft“ wurde ein qualifizierter Attraktivitätsgewinn der Stadt für ihre Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher verfolgt. Geschichtserlebnis und Natur- wie Landschaftserlebnis waren zu verknüpfen. Dabei spielte die Elbaue eine ebenso große Rolle wie das südwestlich gelegene Dessau-Wörlitzer Gartenreich, die erste Parkschöpfung nach englischem Vorbild auf dem europäischen Kontinent.

Das Leitbild „Stadt und Industriekultur“ unterstrich das Ziel und den Anspruch, im Verbund der europäischen Industriekulturregionen mitzuwirken. Die Werkssiedlung Piesteritz gehört zu den international beachteten Spitzenleistungen des frühen 20. Jahrhunderts. Zu prüfen war, wie einzelne besonders markante Industriebauwerke oder Anlagen bewahrt und gegebenenfalls umgenutzt werden konnten.

Diese Leitbilder haben sich als Orientierungsrahmen bewährt. Sie formulierten Erwartungen und nachvollziehbare Vorgaben an die Planungen der Stadt. Sie wurden akzeptierte Grundlage für die Imagearbeit der Stadt, denn sie stifteten Identität nach innen und stärkten die globale Außenpräsentation von Wittenberg. Die Leitbilder lieferten das Handlungsgerüst, an dem sich Planungen forthin orientierten: Ausprägung eines anspruchsvollen Wirtschaftsprofils, nachhaltige Bewahrung der Naturressourcen, Stärkung des Zusammenhaltes der Stadt als Gemeinwesen und Entwicklung einer für verschiedene Perspektiven geeigneten städtebaulichen Struktur.

Die Weltausstellung „EXPO 2000“ machte den Raum Bitterfeld-Dessau-Wittenberg zum Korrespondenzstandort. Das zugrunde liegende Konzept „Industrielles Gartenreich“ stammte aus dem „Wende-Bauhaus“ in Dessau. Es dachte die historischen Reformfacetten der Region (Wittenberger Reformation, Dessau-Wörlitzer Aufklärung und Bauhaus-Moderne) in einer neuen Einheit zusammen. Hier lagen die zentralen Herausforderungen am Ende des Industriezeitalters: Wie kann ein nachhaltiges Gleichgewicht von Wirtschaft und gesellschaftlichen Lebensweisen, von industriellem Erbe und ökologischer Reform aussehen und gestaltet werden?

Im Jahr 2000 trat unter dem Motto „Stadtkultur“ die Kulturgeschichte Wittenbergs in Beziehung zu innovativen Projekten der Stadtentwicklung. Ein „Erlebnisstreifen“ vom West- zum Ostteil der Stadt veranschaulichte beispielhaft wichtige stadtgeschichtliche Epochen und stellte spezifische Erneuerungsaufgaben und modellhafte Lösungen vor. So brachte Wittenberg seine Geschichte, seine Problemlagen, seine Konzepte und Projekte in das Modell einer „Reformregion“

ein: Referenz für eine neue „Stadtkultur“ im Verbund der EXPO-Städte Bitterfeld, Dessau und Wittenberg. Wittenbergs integriertes Stadtentwicklungskonzept von 1993 erwies sich als tragfähig und erweiterbar: Vom „Campus Wittenberg“, dem Beitrag der Lutherstadt zur IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, bis hin zu den Bauprojekten für das Jubiläum „500 Jahre Reformation“ im Jahr 2017.



Cranach-Höfe Schlusstraße 1 vor und nach der Sanierung, Lutherstadt Wittenberg
Fotos Johannes Winkelmann

2000-2010

Stadtumbau Ost und Integrierte Stadtentwicklung in Leipzig

Iris Gleichmann

Geburtenrückgang, Stadt-Umland-Bewegung, Abwanderung und Sterbeüberschuss führten zu einem starken Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland: Viele Städte hatten seit der Wende bis zu zwanzig Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Zehn Jahre nach der Wende gab es in Ostdeutschland – zum Teil seit Jahrzehnten – etwa eine Million leere Wohnungen. Die starke Neubauförderung verstärkte diese Tendenz. So standen in Leipzig im Jahr 2001 etwa 65.000 Wohnungen in unterschiedlichsten Marktsegmenten leer: Gründerzeit, Plattenbau und selbst im Nachwende-Neubau.

Die damalige Bundesregierung setzte eine Expertenkommission, die „Lehmann-Grube-Kommission“ ein. Sie legte im Jahr 2000 den Bericht „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den Neuen Bundesländern“ vor. Er konstatierte den dauerhaften Wohnungsleerstand für weite Bereiche Ostdeutschlands. In der Folge wurde das Bund-Länder Programm „Stadtumbau Ost“ aufgelegt. Ostdeutsche Städte und Gemeinden konnten sich dafür mit Stadtumbaukonzepten für Großwohnsiedlungen und innerstädtische Altbauquartiere bewerben. Ziel des Programms waren die Reduzierung des Wohnungsleerstands durch Abriss oder Instandsetzung und Modernisierung sowie die Aufwertung des Wohnumfelds.

In einem Beitrag zur Entwicklung des Leipziger Ostens griff L 21, eine Gruppe von jungen Leipziger Architekturbüros, das Thema und die Stoßrichtungen des neuen Förderprogramms (Abriss und Konsolidierung) innovativ auf. L 21 prägte die Begriffe „Kern und Plasma“: Ihre Deutung der Situation für sich stabilisierende, urbane „Kerne“, die z.B. als Gründerzeiteinseln intakt waren, und frei sich entwickelndes „Plasma“, das Freiräume bieten würde und in Veränderung ist. Leerstand und Freiflächen wurden nicht länger nur als Verlust, sondern als Qualität gesehen, eine Chance für Ideen und neue Nutzungen. Diese positive Interpretation des Schrumpfungsprozesses, der bis dahin vor allem als Bedrohung wahrgenommen wurde, eröffnete neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten.

Die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 trug solche Umdeutungen als „Chancen der Schrumpfung“ in die Klein- und Mittelstädte dieses Bundeslandes. Programmatisches Ziel war es, in den neunzehn teilnehmenden Kommunen vorhandene Herausforderungen anzunehmen, an spezifischen Stärken anzuknüpfen, und besondere Potenziale zu entfalten, um damit die Ausstrahlungskraft und Ankerfunktion der Städte auch für das Umland zu stärken.



Wächterhaus Zschochersche Straße, Leipzig (oben)
Foto Haushalten e.V.

Stadthaus Stallbaumstraße, Leipzig (unten)
Foto Stadt Leipzig, Anja Schlamann



Enderspark, Leipzig (oben)
Foto Stadt Leipzig, Andreas Kaufmann

Stelzenhaus, Leipzig (unten)
Foto Stadt Leipzig, Christiane Eisler

Trotz der intensiven Sanierungsmaßnahmen der 1990er Jahre war die Lage auf dem Wohnungsmarkt dramatisch und eine Strategie zum Umgang mit dem „letzten Drittel“ des Bestands war dringend erforderlich. In ihrem „Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung“ unterschied die Stadt Leipzig daher im Jahr 2000 sowohl für Gründerzeitgebiete als auch für Großwohnsiedlungen drei Gebietstypen: „Konsolidierte Stadtgebiete“, die sich ohne Einsatz öffentlicher Mittel entwickeln würden, „Erhaltungsgebiete“, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt und kurzfristig gesichert werden sollten, um Abriss zu vermeiden, sowie „Umstrukturierungsgebiete“, in denen durch Abriss und Umnutzung grüne Freiräume, aber auch neue Wohn- und Eigentumsformen entwickelt werden sollten.

Gebiete, in denen sich vielschichtige bauliche und soziale Problemlagen konzentrierten (einerseits Sanierungsdefizite, hoher Leerstand, hohe bauliche Dichte, Lagenachteile, andererseits hohe Einwohnerverluste, Arbeitslosenzahlen und Anteile Sozialleistungsempfänger), wurden als Schwerpunktgebiete identifiziert. Über Städtebauförderung und weitere integrierte Programme (Soziale Stadt, URBAN II, EFRE-Stadtentwicklung) erfolgte eine intensive und fachübergreifende Förderung.

Um die Abwanderung ins Umland zu verringern und die Altbauquartiere zu stärken sowie innerstädtische Eigentumsbildung zu unterstützen, förderte die Stadt Leipzig ab 2000 mit Selbstnutzerprojekten den Bau oder den Erwerb von denkmalgeschützten Altbauten oder den Bau von Stadthäusern an ausgewählten Standorten in innerstädtischen Bereichen, untersetzt durch ein breites Beratungsangebot.

Die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ fasste schließlich Erkenntnisse und Erfahrungen programmatisch zusammen, die in diesem Jahrzehnt unter Extrembedingungen in Ostdeutschland gewonnen worden waren, dies auch mit Blick auf internationale Referenzen und Relevanz. Die „Leipzig Charta“ wurde im Rahmen eines Treffens mit 27 europäischen Ministern im Jahr 2007 in Leipzig verabschiedet mit dem Ziel, integrierte gesamtstädtische Stadtentwicklungspolitik zu stärken und dabei besondere Aufmerksamkeit auf benachteiligte Stadtquartiere mit fachübergreifendem Entwicklungsbedarf zu lenken. Qualitäten der europäischen Stadt – kompakt, gemischt, vielfältig und partizipativ – werden im gemeinsamen Verständnis und im strategischen Ansatz der „Leipzig Charta“ als Zukunftsmodell gewürdigt und gestärkt.

Das Instrument „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ wurde zur anerkannten Grundlage für langfristige Gebietsentwicklung und deren finanzielle Förderung. Diese gesamtstädtischen Konzepte sind gebietsbezogen, an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger orientiert und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Sie sind interdisziplinär und prozessorientiert auszugestalten. Verfahren der Stadtentwicklung wurden damit breiteren Bevölkerungsgruppen geöffnet, auch um proaktiv neue Akteure und Bürgerinnen einzubeziehen und kooperative Planung zu befördern.

Die „Leipzig Charta“ basierte wesentlich auf den Erfahrungen und einem ganzheitlichen Stadtentwicklungsansatz, der in Leipzig erfolgreich verfolgt wurde. Die Charta hat auch außerhalb der EU als Orientierungspapier Nachahmung gefunden, etwa in der Ukraine oder in Südafrika. Im Dezember 2020 wurde die aktualisierte „Neue Leipzig Charta“ im Rahmen eines virtuellen EU-Ministertreffens als gültiger Handlungsrahmen für die städtische Agenda 2030 der Europäischen Union verabschiedet. Mit der Schwerpunktsetzung auf ein gemeinwohlorientiertes Handeln auf allen verantwortlichen Ebenen, wurde eine wichtige Neuausrichtung für eine gelingende, nachhaltige Entwicklung der Städte verankert.

2010-2020

Krisen erfahren – Transformation gestalten

Regina Sonnabend

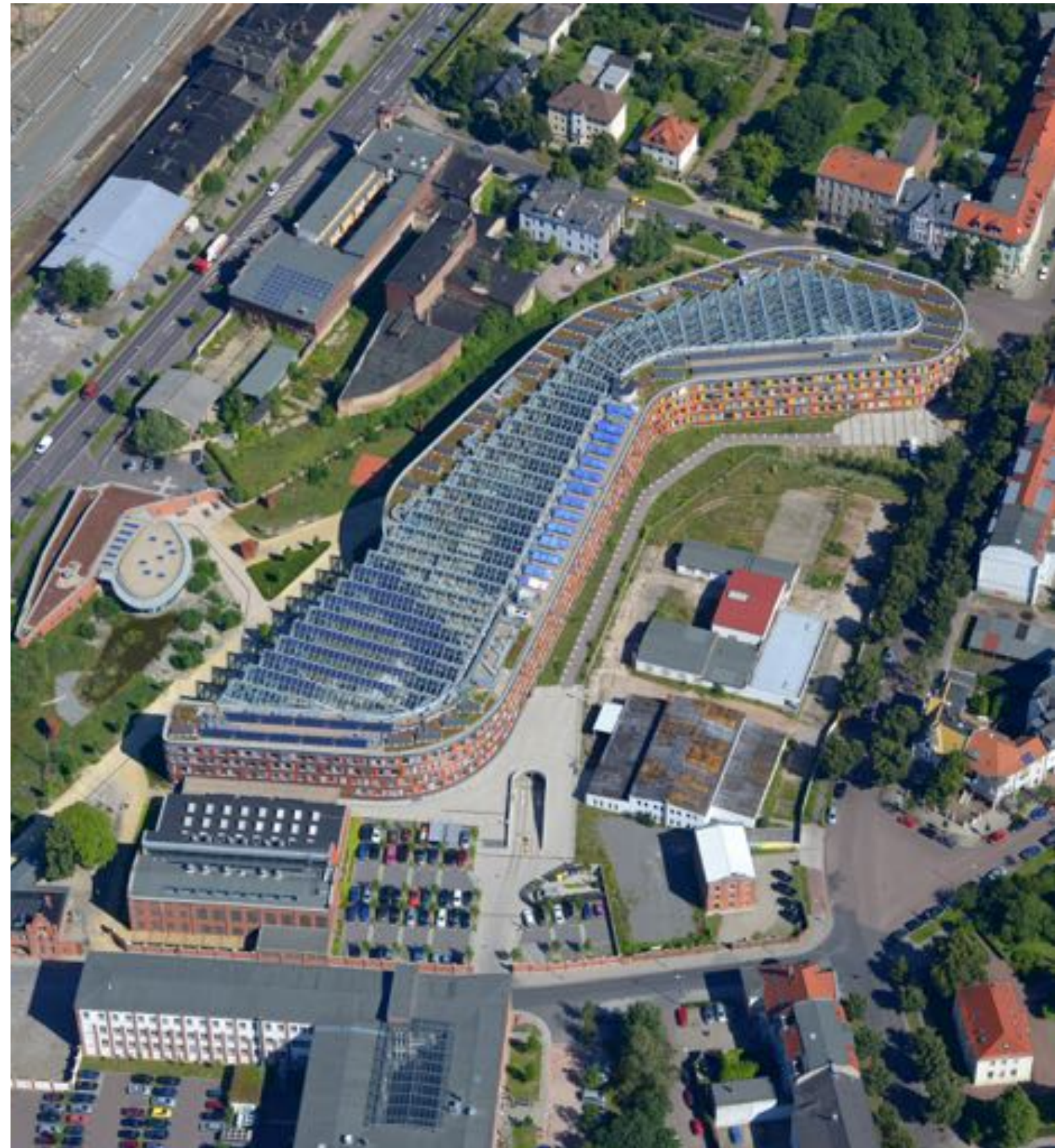
Im August 2002 lösten extreme Niederschläge innerhalb kurzer Zeit zerstörerische Hochwasser in Mitteldeutschland aus. Innerhalb weniger Tage füllte die „Jahrhundertflut“ den stillgelegten Tagebau Goitzsche bei Bitterfeld. Ursprünglich war der Wasseranstieg im Rahmen der Bergbau-rekultivierung über einen Zeitraum von zehn Jahren geplant. Die Mulde brach ins alte Flussbett zurück, das der Braunkohletagebau in den 1960er Jahren abgegraben hatte. Wochenlang bestand Sorge um die Altlasten unter dem Chemiepark. Unkontrollierbare Grundwasserbewegungen konnten die Schadstoffe jederzeit mobilisieren und weiträumig austragen. Zeitgleich versank wenige Kilometer flussabwärts der Ortsteil Dessau-Waldersee nach einem Deichbruch im Wasser und war monatelang evakuiert.

Der Sommer 2013 brachte die zweite „Jahrhundertflut“ nach Mitteldeutschland. Deiche waren nach dem ersten Flutereignis deutlich erhöht oder neu errichtet worden. In einigen Bereichen fanden Rückverlegungen auf alte Deichverläufe statt, um dem Wasser mehr Raum zu schaffen. Große Entschädigungssummen flossen ab 2002 an betroffene Anlieger. Sie regulierten damit Schäden an Haus und Hof, in Betrieben und in der Kulturlandschaft. Ein gewaltiges Programm, dessen Umsetzung teilweise 2021 noch nicht abgeschlossen ist. Vielerorts wurden auf diese Weise private und öffentliche Notlagen aufgefangen.

Gleichzeitig verbleiben viele betroffene Siedlungsbereiche in vulnerablen Flächen.

2017 bis 2020 legten vier Dürresommer in Folge die mitteldeutsche Agrar- und Kulturlandschaft trocken. Kanäle und Seen des Wörlitzer Parks lagen in großen Teilen ohne Wasser. Besucher spazierten um die Rousseau-Insel wie um eine Nordsee-Hallig bei Ebbe. Wo 2002 ganze Landstriche unter Wasser standen, sanken die Grundwasserspiegel so weit, dass die Auenwälder des UNESCO-Biosphärenreservats Mittelbe heute deutliche Dürreschäden aufweisen. Bäume in Straßen, Parks und Wäldern sterben ab, das Landschaftsbild verändert sich.

Das Corona SARS-CoV-2 Virus führte Anfang 2020 zur Pandemie und zum ersten wochenlangen Lockdown in vielen Teilen der Erde. Es begann die Zeit, in der die Auen und die Parks des Dessau-Wörlitzer-Gartenreichs noch mehr Spaziergänger, Radlerinnen, wandernde Großfamilien und Picknickdecken sahen als ohnehin vertraut. Die fast tausend hochqualifizierten Beschäftigten des Umweltbundesamtes (UBA) in Dessau-Roßlau arbeiten seither überwiegend im Homeoffice und in Videomeetings. Von ihren Heimarbeitsplätzen – etwa die Hälfte der Beschäftigten lebt in der Stadt und ihrer Umgebung – kommunizieren sie mit Wissensarbeiterinnen und -arbeitern an vielen Orten der Welt: über Wege aus der Erderwärmung, über Strategien,



Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
Foto Steffen Mainka

Regulierungen und Vermittlungswege für umweltgerechte Produktion, Konsumtion, Mobilität, Flächennutzung etc. Die Kinder vieler „UBA-ner*innen“ gehören zum Kern der „Fridays-for-Future-Bewegung“ in der Stadt. Sie haben sich im Frühjahr 2019 mit der jungen Schwedin Greta Thunberg solidarisiert und veranstalteten bis zum ersten und zweiten Corona-bedingten Lockdown regelmäßig öffentliche Kundgebungen. Gerne auch vor dem neuen innerstädtischen Bauhausmuseum, das im September 2019 eröffnet worden war und gerade begonnen hatte, sich als städtischer Treffpunkt und Veranstaltungsort zu etablieren, als das Corona-Virus das öffentliche Leben im März 2020 bundesweit erstmals zum Erliegen brachte.

In Dessau-Roßlau leben 2020 knapp achtzigtausend Menschen mit Hauptwohnsitz. Die heutige Doppelstadt hat seit 1990 über ein Viertel ihrer Bevölkerung verloren. Zu Dessau-Roßlau gehören heute eine Hochschule mit internationalen Master-Studiengängen, die zwei UNESCO-Welterbestätten „Bauhaus“ und „Gartenreich Dessau-Wörlitz“, das Umweltbundesamt als international vernetzte Bundesbehörde, ein Forschungsklinikum und immer noch ein Vier-Sparten-Theater. Die Stadt ist weiterhin drittes kreisfreies Oberzentrum des Landes. Dessau-Roßlau ist keine regionale Schwarmstadt wie Halle oder Magdeburg. Die Stadt ist polyzentrisch, das Siedlungsgefüge extensiv: „Urbane Kerne und landschaftliche Zonen“ zu qualifizieren, fordert das Stadtentwicklungskonzept seit 2001. In enger Abstimmung zahlreicher Akteure wird dieses Ziel nach und nach umgesetzt.

2015/16 nahm auch Dessau-Roßlau wie andere mitteldeutsche Städte und Ortschaften Flüchtende aus Syrien und anderen Konfliktgebieten des Mittleren Ostens auf. Der Dessauer Wohnungsgesellschaft mbH gelang es durch ein besonnenes Kommunikations- und Belegungsmanagement, innerstädtisch hunderte Familien und Einzelpersonen in leerstehenden Beständen unterzubringen. Die Geflüchteten kamen fast „geräuschlos“ in der neuen Umgebung an. Dazu trug wesentlich ein Netzwerk bei, in dem Menschen aus Zivilgesellschaft, Wohlfahrtsinstitutionen, kommunalen Einrichtungen und Religionsgemeinschaften zusammenwirkten. 2016 geriet dieses Engagement wie andernorts auch in Dessau-Roßlau in den Fokus populistischer Proteste.

Am 20. Oktober 2014 rief die Pegida-Bewegung in Dresden zur ersten Kundgebung auf. Zu erinnern ist, dass sich im Februar 2013 die „Alternative für Deutschland“ (AfD) als neue rechte Partei in Berlin gegründet hatte. 2011 waren die Mord- und Straftaten sowie das Netzwerk des rechtsextremistischen NSU öffentlich geworden. Dessen führende Köpfe waren in Jena aufgewachsen, hatten Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes und operierten ab Ende der 1990er Jahre von Chemnitz und Zwickau aus im Untergrund. „Rechte Räume“ wurde in Folge zu einem Thema auch der IBA StadtLand Thüringen 2023.

Seit 2012 arbeitet die IBA StadtLand an exemplarischen Strategien und Projekten, die einen neuen „Stadt-Land-Metabolismus“ vordenken und erproben. Klimaneutral, räumlich wie sozial gerechter und in neuer Weise wirtschaftlich: das sind Maßstäbe, die hier verfolgt werden. Die IBA StadtLand entwickelt eine neue positive Kultur der „Sorge“ im Sinne der Verantwortung. Es geht um die Inwertsetzung von leerstehender Bausubstanz in den Dörfern, Klein- und Mittelstädten des Bundeslandes, um innovative Anbaumethoden und Kulturtechniken für neue „Klimalandschaftstypologien“, um neue stadtregionale Modelle für Produktion und Konsumtion. Es geht um den Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Agenturen für eine nachhaltige Transformation. 2023 wird die IBA StadtLand ihre Projekte im ganzen Land Thüringen ausstellen. Sie werden Geschichten von einem neuen Stadt-Land-Stoffwechsel erzählen: verträglich für Menschen und Natur, für Kultur und Arbeit.

1995-2019

Das Archiv der Landesgruppe Mitteldeutschland der DASL-Themen und Tagungsorte

Cornelius Scherzer und Andreas Paul

Die Landesgruppe „Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen“, ab 2007 „Mitteldeutschland“, gründete sich am 11. Dezember 1995 in Halle/Saale. Sie kam bis Ende 2019 zu einhundertvierzehn Versammlungen zusammen. Um die Orte, Themen und Aktivitäten der Landesgruppe in diesem Zeitraum abbilden zu können, wurden die Protokolle zu öffentlichen Akademie- und nicht-öffentlichen Mitgliederversammlungen ausgewertet. Die dort benannten Beiträge geben einen Einblick in Breite und Tiefe der Arbeit vor dem Hintergrund des fachpolitischen Geschehens.

Aus den Protokollen wurden Datum und Ort der Versammlungen, Titel von Beiträgen und Themen gemeinsamer Diskussionen sowie Hinweise auf die Organisation der Landesgruppe, u.a. im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Präsidium und anderen Akteuren in eine Tabelle übertragen. Ortsangaben wurden sowohl als Orte der Versammlungen, als auch als Hinweise auf fachliche Aussagen in den Vortragstiteln ausgewertet. Personenbezogene Informationen wurden nicht betrachtet.

Aus den Titeln der Beiträge ist in einigen Fällen nicht oder nur unvollständig erkennbar, welche thematischen Vertiefungen erfolgten und welche konkreten räumlichen oder örtlichen Bezüge hergestellt wurden. Ähnlich verallgemeinernd wirken sich übergeordnete Begriffe in der Benennung von Diskussionen aus. Nach einem

Blick in die Protokolle lässt sich festhalten, dass es wiederholt zugespitzte Kontroversen, differenzierte Debatten im Plenum und eine Reihe von Diskurslinien gab, die oft im Vorfeld von Wissenschaftlichen Konferenzen und Jahrestagungen über mehrere Sitzungen hinweg fortgesetzt wurden. Diese Vielfalt und Intensität können in der vorliegenden Analyse nicht sehr differenziert betrachtet werden. Der beeindruckende Schatz gemeinsamer inhaltlicher Arbeit sollte eher in einem nächsten Schritt unbedingt gehoben und im Rahmen einer Selbstdokumentation der Landesgruppe systematisch ausgewertet werden. Dies setzt in jedem Fall den Konsens aller Beteiligten voraus.

Die Titel der fachlichen Aktivitäten und Beiträge wurden durch die Autoren dieses Beitrages verschlagwortet und anschließend zu insgesamt 18 Themenfeldern zugeordnet. Es ist wichtig, sich dabei bewusst zu sein, dass sowohl die Schlagworte als auch der Zuschnitt der Themenfelder subjektiv beeinflusst sind, eine Vergrößerung bedeuten, sich häufig überschneiden bzw. inhaltlich wie instrumentell verknüpft sind. Andererseits wird damit eine chronologische und räumliche Sortierung überhaupt erst möglich.

- Im gesamten Zeitraum Reaktion auf tiefgreifenden ökonomischen und siedlungsstrukturellen Wandel:
Planerische Steuerung nach Schließung und Privatisierung oder vor Neuansiedlung von Unternehmen. Erweiterung der Aufgaben trotz Einwohnerrückgang bei gleichzeitiger territorialer Ausdehnung der Kommunen in ihr ländliches Umland. Vermeidung von Verlusten wertvoller baulicher und landschaftlicher Substanz durch Förderung örtlicher Initiativen, thematischer Programme und von Großveranstaltungen.
- Seit den 1990er Jahren die Sanierung und Entwicklung der Innenstädte vor dem Hintergrund von Wiederaufbau und massiven städtebaulichen Eingriffen, aber auch von Vernachlässigung und Verfall:
Arbeit unter radikal veränderten gesellschaftlichen Bedingungen mit Bezug zu Konzepten, die noch in der DDR vor dem Umbruch erarbeitet wurden. Anwendung des bundesweiten Instrumentariums und Vergleich mit Erfahrungen in Städten und Regionen der BRD.
- Beseitigung und Neutralisierung von Altlasten aus Bergbau über und unter Tage, Agrarwirtschaft, Industrie und Abfallmanagement:
Analyse der Risiken, Entwicklung und Erprobung von Verfahren zur Sanierung und Sicherung der Standorte. Einbindung der Kommunen und anderer lokaler Akteure in die Infrastrukturplanung der Sanierungsträger. Nachnutzung für Gewerbe und Dienstleis-

Seit den 2000er Jahren Umgang mit Leerstand in den Großsiedlungen des komplexen Wohnungsbaus, die in den 1970er und 80er Jahren mit hohem Ressourceneinsatz teils autoritär umgesetzt und altershomogen belegt worden waren:

Reaktionen auf die starke Abwanderung der 1990er Jahre und sozialstrukturellen Änderungen über städtebaulicher Anpassung durch Rückbau, Sanierung und infrastrukturelle Erneuerung im Rahmen umfassender integrierter Stadtumbauprogramme.

Akzeptanz/Anerkennung der Gleichzeitigkeit von Aufschwung und Abschwung – räumlich oft sehr eng benachbart:

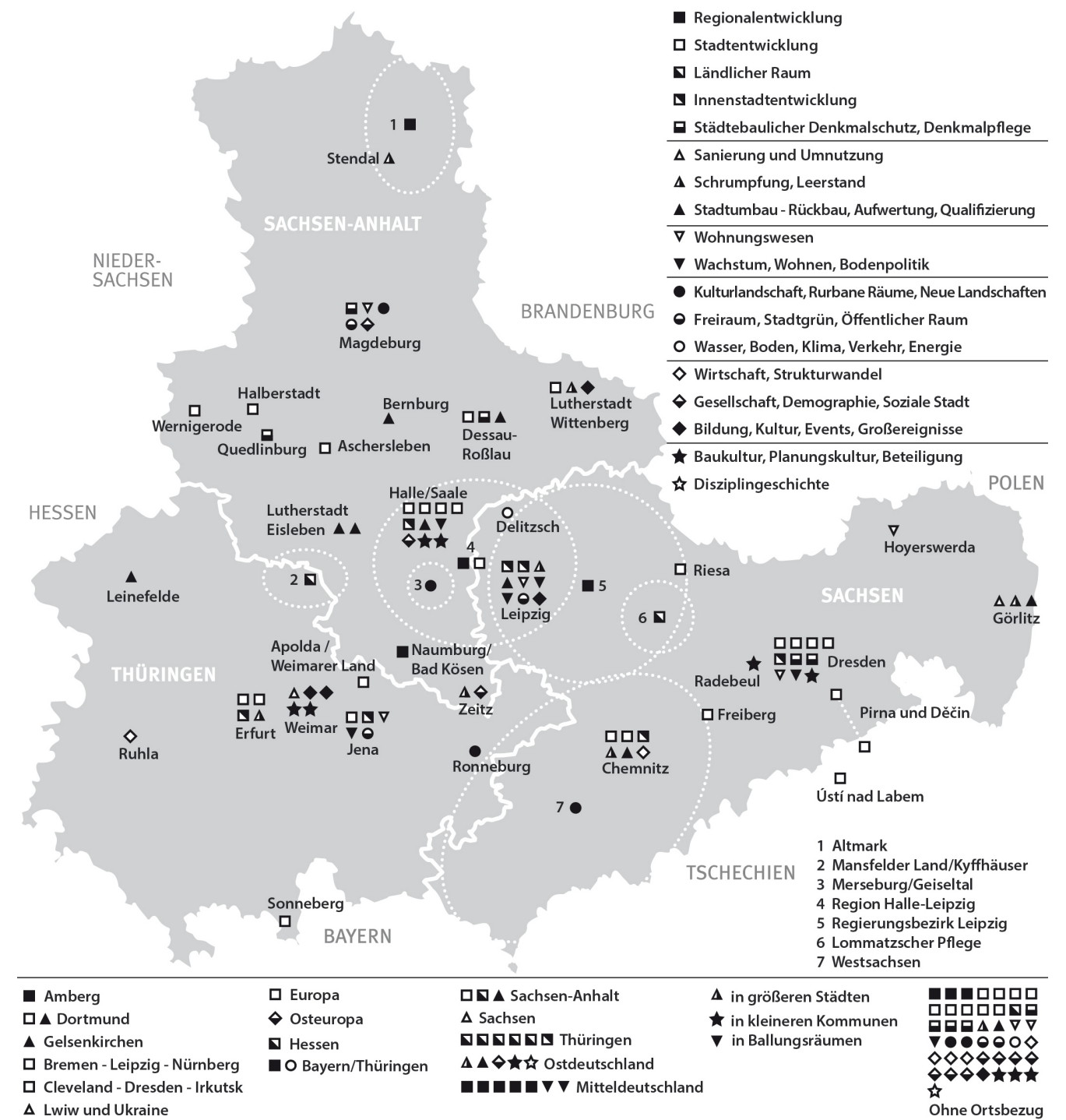
Konsolidierung der Innenstädte, aber Erosion zahlreicher Orts- und Stadtteilzentren, Wachstum von Einfamilienhaussiedlungen und verdichtetem Wohnen, aber Entleerung kleiner Orte und peripherer Regionen.

Aushalten von Perforation und Leerstand, aber Nutzung der Potenziale für Kunst und Kultur, energetische Erneuerung, Anlage multifunktionaler Freiflächensysteme, barrierefreie Erschließung und das Auffangen von Zuwanderung.

In den letzten Jahren Entwicklung von Leitbildern für städtisch wie ländlich geprägte Räume und ihre Übergangsformen, die in der Lage sind, widersprüchliche Entwicklungsdynamiken aufzugreifen:

Veränderte Zentralitäten und künftige Aufgabenteilungen von Stadt und Land als Thema der Jahrestagung 2012 in Leipzig.

Aufwertung innerer und interkommunaler Peripherien in den Städten, Modelle für die regionale „Netzstadt“ und „Schwarmstadt“ Konzepte „rurbaner“ Entwicklung. Nicht zuletzt die Bewertung und Entwicklung von Nutzung und Bedeutung öffentlicher Orte in Gebäuden und im Freiraum im sich verändernden sozialen und politischen Kontext und Klima.



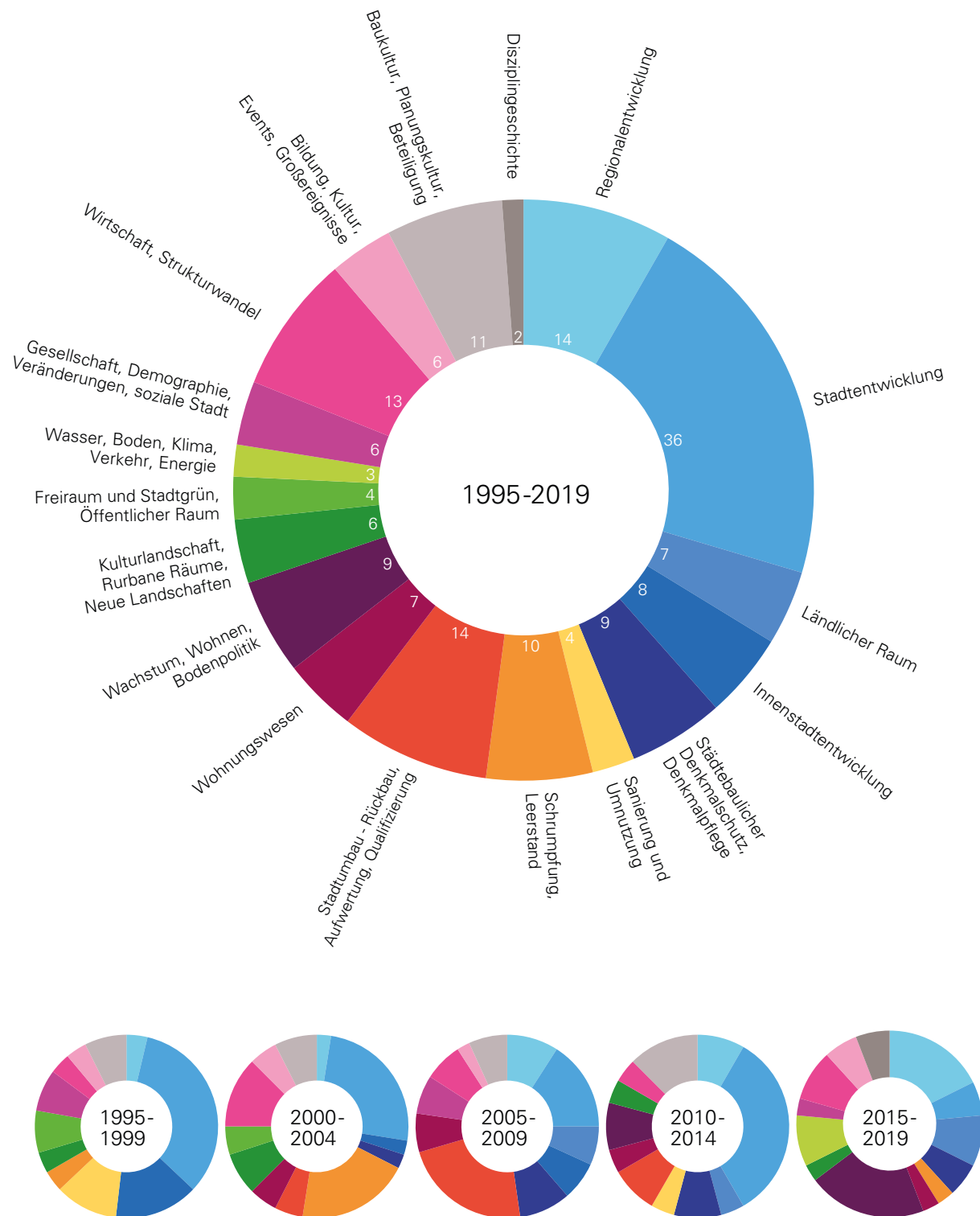
Verortung der Arbeitsthemen der DASL- Landesgruppe Mitteldeutschland 1995-2019
Grafik Andreas Paul und Cornelius Scherzer

Ein Blick auf die Themen der Versammlungen über die Jahre macht auch eine zeitliche Abfolge deutlich:

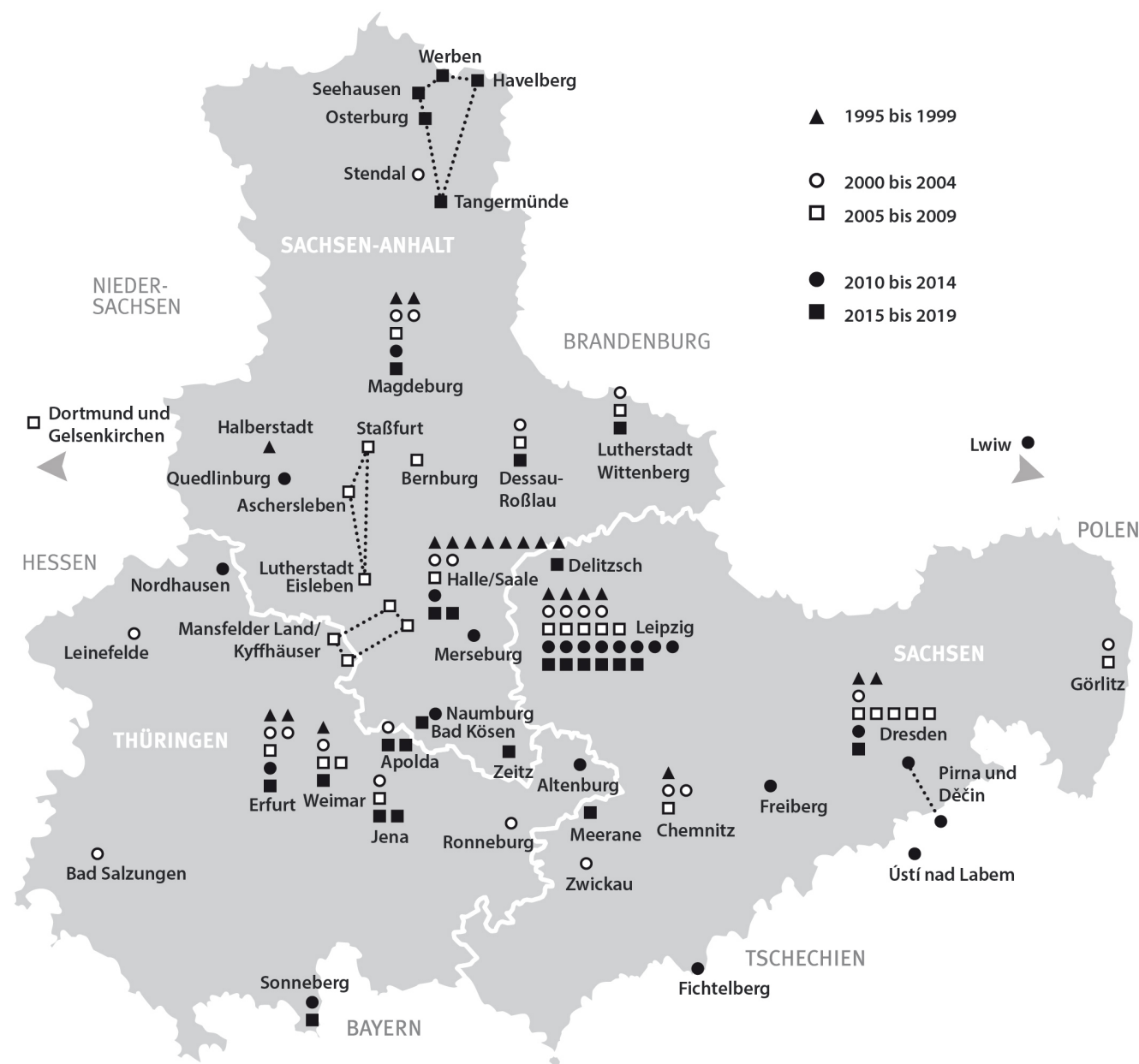
- Große, zusammenhängende Aufgabenfelder bestehen über längere Phasen. Etwa der Umgang mit Leerstand > Rückbau > Konsolidierung > Qualifizierung der Wohnquartiere. Programme wie Stadtumbau Ost betreffen fast alle Städte in den drei Bundesländern. Ziele, Konzepte und Umsetzung werden reflektiert; zum Stadtumbau findet ein Erfahrungsaustausch mit der Landesgruppe NRW statt. Dass gerade ein weit gefasster Begriff von Stadtumbau große Triebkraft für erfolgreiche Stadtentwicklung auch unabhängig von der Größe der Orte haben kann, thematisiert etwa die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010.
- Aufgaben komplexer Innenstadtentwicklung sind während des gesamten Betrachtungszeitraumes präsent. Städtebauliche Leitbilder für die Europäische Stadt sind Thema der Jahrestagung 1997 in Dresden; Akteure der Stadtentwicklung stehen im Mittelpunkt der Jahrestagung 2005 in Magdeburg, anlässlich ihrer urkundlichen Erwähnung im Jahr 805. Durchgängig besteht der Kontext zu Instrumenten der integrierten Planung auf allen Ebenen, ergänzt um die Erprobung von Selbstnutzerprojekten zur Erhaltung prägender Bausubstanz und als Beitrag zur kulturellen urbanen Vielfalt.
- Programmatisch bedeutsam für das Verständnis einer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklungspolitik, die soziale, ökonomische und ökologische Ziele verbindet, ist die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ 2007. Interessen und Akteure sind, orientiert am Gemeinwohl, in räumlichen, inhaltlichen und zeitlichen Ausgleich zu bringen. Eine Fortschreibung als „Neue Leipzig Charta“ wurde von den EU-Raumordnungsministern Ende 2020 unterzeichnet und auf dem Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vorgestellt.
- Positionen und Debatten über eine angemessene Bewertung, Erhaltung und Nutzung von Denkmalen unterstreichen von Anfang an regelmäßig, dass der Denkmalschutz einen unverzichtbaren Beitrag zum unverwechselbaren Charakter und zur Identität von Stadt und Land leistet. Kritisch diskutiert werden Tendenzen und Beispiele der Rekonstruktion

oder Nachempfindung früherer historischer Bauten und Strukturen vor dem Hintergrund des Wertes von Originalen und im Vergleich mit Beispielen für eine gelungene Verbindung von historischer Substanz und zeitgenössischen Ergänzungen hoher städtebaulicher, architektonischer und zunehmend auch energetischer Qualität.

- Ökonomie als wichtiger Faktor der Raumentwicklung und Basis kommunaler Handlungsfähigkeit wird vor allem unter verschiedenen Blickwinkeln im Kontext zum Wohnungsbau thematisiert. Über die Jahre hinweg gibt es aber auch Fachvorträge und Betriebsbesichtigungen im urbanen und ländlichen Raum. Deutlich wird, dass ökonomische Anliegen und Motivation bei der Innenstadtentwicklung, Umnutzung von Flächen und Ansiedlung von Unternehmen einzubeziehen sind und zwar bei Standortfindung, Bauleitplanung und Genehmigung. Erkennbar ist auch, dass in den Verfahren – wenn auch begrenzt – durchaus städtebauliche Steuerungsmöglichkeiten bestehen.
- Es überrascht, dass trotz der einschneidenden Hochwasserereignisse 2002 und 2013 mit ihren erheblichen Folgen für die Räumliche Planung dieses Thema in Beiträgen zur Arbeit der Landesgruppe augenscheinlich nicht explizit benannt wird. Herausforderungen durch Klimawandel und Energiewende werden hingegen auf der Wissenschaftlichen Konferenz in Darmstadt 2008 behandelt und auf der Jahrestagung 2012 in Leipzig erörtert. In der Diskussion zur Themensetzung der Landesgruppe Ende 2012 werden sie als besonders wichtig bewertet. Aber erst Beiträge in den folgenden Jahren greifen das Feld punktuell auf: Wandel des Landschaftsbildes und Konsequenzen kommunaler Energiepolitik für Flächennutzung und Infrastruktur. Nach den Dürresommern 2018 – 2020 werden nun gesundheitliche, ökologische und ökonomische Risiken deutlich greifbar. Nachhaltige Beeinträchtigungen von Wasserhaushalt, Bodenfunktion und Vegetation unterstreichen die Dringlichkeit, Handlungsprogramme auf allen Ebenen nicht nur zu formulieren, sondern auch umzusetzen. Diese Themen werden nicht herausgestellt betrachtet, sondern finden sich bis heute eher als „Hintergrundrauschen“ in den Beiträgen der Mitglieder und Gäste.



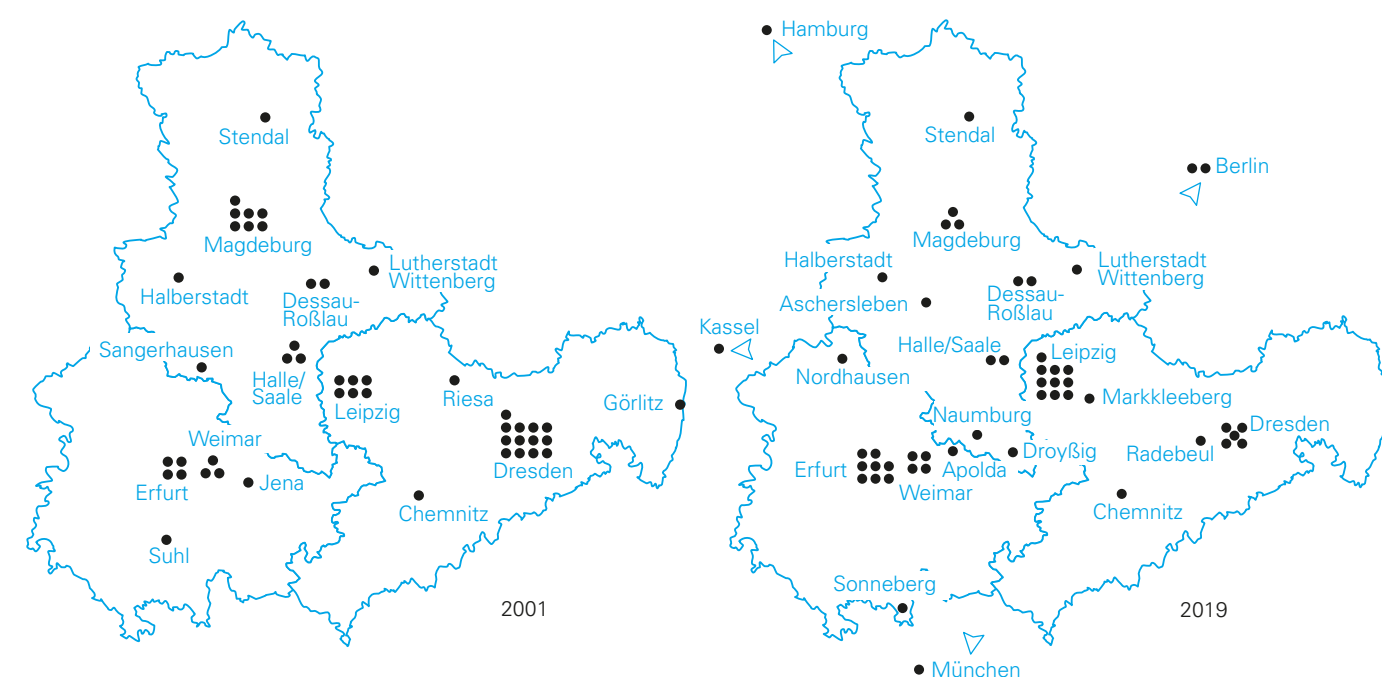
Arbeits Themen der DASL- Landesgruppe Mitteldeutschland 1995-2019
Grafik Andreas Paul und Cornelius Scherzer



Tagungsorte der DASL- Landesgruppe Mitteldeutschland 1995-2019
Grafik Andreas Paul und Cornelius Scherzer

- In den Städten mit Bevölkerungswachstum verschärft sich nach 2015 die Diskussion um Entwicklungsflächen und Infrastruktur. Mitglieder der Landesgruppe sind involviert in Bodenpolitische Statements der DASL. Die Erweiterung der räumlichen Planung mit sozialen und umweltbezogenen Themen durch politische und rechtliche Vorgaben erweist sich als Herausforderung für Profession und Instrumentarium, insbesondere für integrierte Planungsansätze. Seit Ende 2018

stellen Gäste und Mitglieder der Akademie Beispiele aus der Praxis vor und illustrieren sie bei Ortsbesichtigungen. Statusbestimmungen zu Planungs- und Baugeschehen in Mitteldeutschland sind seitdem ein fester Teil des Arbeitsprogramms. Sie umfassen auch den regionalen Kontext, anders als in den späten 1990er Jahren, als Bestandsaufnahmen der städtebaulichen Situation und planerische Konzepte sich hauptsächlich auf die Innenentwicklung bezogen hatten.



Arbeitsorte der Mitglieder der DASL-Landesgruppe Mitteldeutschland
Grafik Andreas Paul und Cornelius Scherzer

- Was die Häufigkeit der Themen in den 114 Versammlungen angeht, so überwiegen Problemlagen der Großstädte. Aber Klein- und Mittelstädte, der ländliche Raum, Aspekte der regionalen und örtlichen Entwicklung in peripheren Lagen unter ökonomisch schwierigen Bedingungen – mit Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft – werden ebenfalls immer wieder bewusst betrachtet. Lokale Akteure mit beeindruckendem Engagement und beachtlichen Erfolgen kommen zu Wort. Unterstützt wird dies durch das Format „Akademie vor Ort“. Hier thematisiert die Landesgruppe auf zum Teil zweitägigen Reisen seit 2007 Orte mit ähnlichen Problemen in einer Region und die Vielfalt an innovativen Lösungen. Konzeption und Ansätze der „IBA StadtLand Thüringen 2023“ werden in diesem Kontext erwartungsvoll begleitet.

Die Praxis der Themensetzung in der Landesgruppe Mitteldeutschland, oft in enger Verbindung mit der Auswahl der Tagungsorte, ist von mehreren Faktoren abhängig, darunter

- der räumliche Wirkungskreis und disziplinäre Hintergrund der Gäste und Mitglieder und die geographische und thematische Vielfalt des Territoriums
- das Interesse an Vergleichen zu anderen Bundesländern (z.B. Stadtumbau Ost/West) und Nachbarn (z.B. Stadtanierung in der Tschechischen Republik und der Ukraine)
- die Themendiskussionen und -setzungen in Fachgremien und auf DASL-Bundesebene, z.B. über Wissenschaftliche Kolloquien und Jahrestagungen
- die gemeinsame Themenfindung in der Landesgruppe, Akzentsetzung der Vorsitzenden und Vorschläge zu Themen und Tagungsorten aufgrund persönlicher Kenntnis.

Anhand der Auswertung von 25 Jahren Arbeit der Landesgruppe Mitteldeutschland wird deutlich, dass die Versammlungen

- aktuelle Diskurse zur räumlichen Entwicklung widerspiegeln, aber auch lokal anstehende Fragen, Konflikte sowie ermutigende beispielhafte Lösungen aufgreifen
- eine Plattform für die Wahrnehmung des Geschehens sind – in den Ländern und Regionen, kleinen und großen Orten, im städtischen wie ländlichen Raum und seinen Zwischenformen
- durch Einbeziehung fachlicher Sichtweisen, die im alltäglichen Planungsgeschehen eher unterrepräsentiert sind, eine Bereicherung der Debatten darstellen
- aus disziplinärer wie institutioneller Sicht den offenen und persönlichen Austausch über etablierte, neue und experimentelle Instrumentarien ermöglichen.

Zu beobachten ist, dass thematische Schwerpunkte der Diskussion manchmal über einen längeren Zeitraum laufen, etwa im Vorfeld der Erarbeitung programmatischer Papiere und Vorbereitung der Tagungen. Die Breite der Themen geht zwar – bei begrenztem Zeitbudget für die Versammlungen – manchmal auf Kosten der Tiefe des Meinungsaustausches. Aber es lohnt sich, eine ganze Reihe von Diskussionslinien anhand der Beiträge und Protokolle nachzuvollziehen, daran anzuknüpfen und Positionen zu bekräftigen, zu modifizieren, weiterzuentwickeln und – nicht zuletzt – unterrepräsentierte und wichtige neue Felder zu bearbeiten.

Ein Arbeitsprogramm der Landesgruppe Mitteldeutschland der DASL in den nächsten Jahren könnte also folgende Agenda umfassen:

1. Auswertung der Aktivitäten seit 1995 als Zukunftsorientierung künftiger programmatischer Arbeit, insbesondere zur Jahrestagung 2023
2. Vertiefung der Eigenevaluierung mit adäquatem fachlichen Ansatz, getragen von allen Mitgliedern und unterstützt von Zeitzeugen
3. Gewinnung von Gästen/Mitgliedern, um eine disziplinäre, institutionelle und regionale Abbildung der Aufgabenfelder zu erreichen
4. Interne Kommunikation der Landesgruppe, zu welchen Themen sie Positionen erarbeitet und sich in der (Fach)Öffentlichkeit zu Wort meldet
5. Fortsetzung und Intensivierung laufender Diskurse zu Herausforderungen der Transformation wie
 - dezentrale Entwicklung und Infrastruktur rurbaner Räume bei Bevölkerungsverlust
 - klimabewusstes kommunales Handeln und Grenzen städtebaulicher Verdichtung
 - Weiterentwicklung und Praxis kooperativer und integrierter Planungsprozesse
 - Erhaltung, (Um)Nutzung und Ergänzung wertvoller Bauten und Siedlungen
 - kulturelle, soziale und politische Funktionsvielfalt öffentlicher Gebäude und des öffentlichen Raumes.

Im Andenken an
Paul Heinrich Börsch
1965-2021

25 Jahre Landesgruppe Mitteldeutschland – Grund zum Danken!

Dieses Heft ist ein „Beifang“ und ein „Sur plus“. Er ergab sich aus der Arbeit am Beitrag, den die Landesgruppe Mitteldeutschland für das Publikationsprojekt DASL 100 Jahre – Geschichte der DASL Band II „DASL nach 1975“ im Herbst 2020 vorzubereiten begann. Schnell wurde deutlich, dass der mitteldeutsche Beitrag den zulässigen Umfang überschreiten würde, der für die Jubiläumsveröffentlichung der DASL vorgegeben war.

So entstand die Idee für den vorliegenden Sonderdruck, der auch das Jubiläum sichtbar macht, das fast vergessen worden wäre: 25 Jahre Landesgruppe Mitteldeutschland. Das Heft liefert eine Fülle an Informationen und Erfahrungen, die neu zu sichten und zu diskutieren sind. Themen können wieder aufgenommen, neu betrachtet und in die Zukunft gedacht werden.

Dass wir dieses Erbe haben, verdankt die Landesgruppe der engagierten Arbeit ihrer Mitglieder. Besonders zu nennen sind hier ihre Vorsitzenden seit 1995, Kurt Ludley (1995 – 1999), Nils Gormsen (1999 – 2002), Hermann Saitz (2002 – 2006) und Paul Börsch (2006 – 2015). Zu danken ist weiterhin der ausdauernden Arbeit der Geschäftsführenden: Ulrike Neubert (1996 – 1999), Klaus Kaube (1999 – 2007), Reinhard Wölpert (2007 – 2018) und seit 2018 Karolin Pannike.

Ganz besonders danken wir der Stadt Leipzig, in der die Geschäftsstelle der Landesgruppe Mitteldeutschland seit 1999 als „Gast“ firmiert.

Am Schluss ein großer, herzlicher Dank an das Kollegium, das zu diesem Heft beigetragen hat.

Dessau-Roßlau, März 2021
Regina Sonnabend
Vorsitzende LG Mitteldeutschland

IMPRESSUM

Informationen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung
Landesgruppe Mitteldeutschland

Herausgeberin	Regina Sonnabend Vorsitzende der Landesgruppe
Geschäftsstelle	Karolin Pannike Stadtplanungsamt 04092 Leipzig Tel. 0341/123 4861 Fax 0341/123 4925 E-Mail: dasl_md@leipzig.de
Texte/Redaktion	Iris Gleichmann (Architektin und Stadtplanerin, Dresden) Jochen Kirchner (Stadtplaner, Bürgermeister Lutherstadt Wittenberg) Matthias Lerm (Architekt und Stadtplaner, Leiter Stadtplanungsamt Landeshauptstadt Magdeburg) Lars Loebner (Regierungsbaumeister, Leiter Sonderreferat Wohnungsbau, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin) Karolin Pannike (Stadtentwicklerin, Stadtplanungsamt Leipzig) Andreas Paul (Stadtplaner, Büro für urbane Projekte, Leipzig) Cornelius Scherzer (Landschaftsarchitekt, Professur für Freiraumplanung an der HTW Dresden) Regina Sonnabend (Dipl.-Ing. Stadtplanung, kooperativ-planen, Dessau-Roßlau)
Layout und Druckvorlage	Andreas Paul (Leipzig)
Titelfoto	Stadtarchiv Magdeburg
Druck	Stadt Leipzig, Hausdruckerei